



- Presseaussendung 05.06.2024 –

Von Bund zugesagtes Gemeindepaket gut gemeint, jedoch Themenverfehlung

Nach massiven Warnungen aus allen Bundesländern wurde am 5. Juni 2024 ein Gemeindepaket im Bund vorgestellt. Zu geringe Mittel mit unerreichbarer Kofinanzierungshürde werden die Gemeindebudgets jedoch nicht retten. Trotz eigenen Sparwillens droht die Gemeindeebene mittelfristig zusammenzubrechen, erste Gemeindeinsolvenzen in Kärnten sind bereits im dritten Quartal 2024 absehbar.

Angespannt ist ein Hilfsausdruck für die Lage der Gemeindebudgets in ganz Österreich. Gerade in Kärnten steht vermutlich die Hälfte der Gemeinden vor akuten Liquiditätsschwierigkeiten, die sie nicht selbst zu verantworten haben. Klar wurde die Sondersituation Kärntens sowohl dem Österreichischen Gemeindebund als auch dem Bund kommuniziert. "Jeder Euro, den Gemeinden in dieser Situation erhalten, hilft. Ich gehe jedoch davon aus, dass Johannes Pressl als Gemeindebund-Präsident nach unserem intensiven Austausch die Sondersituation Kärntens in den Verhandlungen mit dem Bund thematisiert hat. Das nunmehr vorgelegte Paket ist für mich daher als klares Zeichen zu werten, dass Fakten ignoriert wurden und einkalkuliert wird, dass ein großer Teil der zugesagten Mittel ohnehin nicht abgerufen werden kann", so der 1. Präsident des Kärntner Gemeindebundes, Bgm. Günther Vallant.

Kritik übt der Kärntner Gemeindebund gleich an mehreren Stellen des kolportierten Paketes: „Wir haben klar kommuniziert, dass die Gemeinden akute Liquiditätsengpässe haben. Die Aufrechterhaltung der laufenden Amtsgeschäfte ist mit der derzeitigen Finanzausstattung bereits in vielen Gemeinden nicht mehr über das ganze Jahr 2024 zu schaffen. Dass die Gemeinden derzeit noch liquide sind, liege an der vorgezogenen Auszahlung von Bedarfszuweisungsmitteln, Kontokorrentkrediten und bereits erhaltenen Fördermitteln oder internen Darlehen, die jedoch zweckgebunden zu verwenden sind oder zurückgezahlt werden müssen. Mit einer Investitionsförderung ist einigen finanzstarken Gemeinden geholfen, aber leider nicht allen. Um allen Gemeinden zu helfen, bedarf es einer deutlichen Unterstützung bei der Liquidität“, so Bgm. Christian Poglitsch, 2. Präsident des Kärntner Gemeindebundes.

In dasselbe Horn stößt auch der 3. Präsident des Kärntner Gemeindebundes, Bgm. Ing. Gerhard Altziebler: "Die Zahlen zum letzten Investitionspaket des Bundes zeigen klar, dass die Kärntner Gemeinden weniger als die Hälfte der mit 50 Prozent zu kofinanzierenden Mittel abrufen konnte. Eine Fristverlängerung ist, wenn man davon ausgeht, dass sich die Finanzlage der Gemeinden wundersam verbessern wird, gut gemeint. Die Jahre ab 2025 werden durch den Wegfall der Einmaleffekte des Finanzausgleichs, die Umlagensteigerungen auf Landesebene und die Inflation jedoch härter als das ohnehin schon desaströse Jahr 2024. Zudem werden die Gemeinden, die sich seit Jahren den Eigenanteil von 50 Prozent nicht leisten konnten, auch den Eigenanteil des neuen Investitionspaketes von 20 Prozent nicht leisten können", so Altziebler weiter.

Im Dezember 2023 bescheinigte die Gemeindeaufsicht des Landes bereits eine Unterdeckung der Kärntner Gemeinden in der Höhe von 100 Millionen Euro im Jahr 2024. Dies trotz massiver Einschnitte bei Ermessensausgaben und notwendigen Investitionen.

Gemeinsam hält das Präsidium des Kärntner Gemeindebund daher fest:

- Auch wenn auf Landesebene bei Gemeindeeinnahmen, Entlastungen im Bereich der Umlagenzahlungen und der Hilfe beim Haushaltsausgleich Bewegung in einem hohen zweistelligen Millionenbereich erforderlich ist, braucht es 2024 eine volle und bedingungslose Gemeindemilliarde, damit die Kärntner Gemeinden ihr Kerngeschäft finanzieren können. Der Kärntner Anteil läge bei ca. 62,29 Millionen Euro.
- Die entgegen den Erwartungen positiveren Ergebnisse der Rechnungsabschlüsse 2023 können und werden für die notwendigsten Investitionen unter Ausnutzung eines Kommunalinvestitionspaketes eingesetzt werden.
- Da jedoch ab 2025 keine Besserung in Sicht ist, bedarf es bereits jetzt der dringenden Vorbereitung einer Reform der Aufgaben und Finanzierung zentraler Aufgabenbereiche des Staates wie Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung und einer adäquaten Finanzausstattung der Gemeinden. Die aktuellen Zahlen zeigen, dass der geforderte Anteil der Gemeinden von 15 Prozent der gemeinschaftlichen Bundesabgaben nicht vermessen, sondern dringend notwendig ist, möchte man die bürgernächste Verwaltungsebene finanziell handlungsfähig erhalten.
- Natürlich sind die Gemeinden aufgerufen, auch Einsparungspotenziale im eigenen Bereich durch Kooperationen und regionale Planungen zu heben. Das Gesamtproblem der Unterdeckung der Gemeinden ist jedoch systemimmanent und kann nur im Zusammenwirken aller staatlichen Ebenen gelöst werden.

Rückfragehinweise:

1. Präsident Bgm. Günther Vallant, +43664/6145042
2. Präsident Bgm. Christian Poglitsch, +43699/10259041
3. Präsident Bgm. Ing. Gerhard Altziebler, +43664/8582848